

Geschichte wiederholt sich nicht. Aber der Vergleich zwischen der US-Politik im Nachkriegsirak heute und im Nachkriegsdeutschland vor 55 Jahren erweist sich als lohnendes Unterfangen. Die Parallelen sind verblüffend. Und wenn US-Politiker die Demokratisierung des Irak und des gesamten Nahen Ostens als verführerische Vision darstellen, darf der Hinweis auf Westdeutschland nicht fehlen. Schließlich sei es gelungen, aus führergläubigen Deutschen Demokraten zu machen. Dann werde es auch gelingen, aus den ehemaligen Untertanen Saddams Verfechter parlamentarischer Rechtsstaatlichkeit zu machen, argumentiert das Pentagon.

Der Marshall-Plan war das zentrale Instrument amerikanischer Besatzungspolitik in Westdeutschland. Er war ein groß angelegtes Entwicklungsprogramm im kriegszerstörten Europa im allgemeinen und im geschlagenen Deutschland im besonderen. Aber der Marshall-Plan war weit mehr als tätige Nächstenliebe. Die Amerikaner nutzten ihn im heraufdämmernden Kalten Krieg, um die Systemkonkurrenz mit der Sowjetunion zu gewinnen.

Die Besatzungspolitik erwies sich als erfolgreich: Die Westdeutschen lernten die Demokratie; sie gaben den Wunsch, Brücke zwischen Ost und West zu sein, zugunsten der vollständigen Einordnung ins Lager der USA auf.

Außenansicht

Kreuzritter bringen keine Demokratie

Von Axel Lehmann

Was im Westdeutschland funktioniert hat, soll nun im Irak fast originalgetreu kopiert werden. Mit militärischen Mitteln ist ein brutaler Diktator verjagt worden, amerikanische Streitkräfte kontrollieren das Land. Mit Jay Garner schien der Lucius D. Clay von Bagdad gefunden. Doch nun soll Paul Bremer die demokratische und wirtschaftliche Freiheit im Irak organisieren. Der Doppelklang von staatlicher und wirtschaftlicher Ordnung in der US-Politik hat sich in den mehr als 50 Jahren erhalten.

Und auch der neue Marshall-Plan ist bereits auf den Weg gebracht. Präsident George W. Bush hat ihn bereits im letzten Jahr als *Millennium Challenge Account* angekündigt. Das ist das Entwicklungshilfe-Programm der USA, das Leis-

tungen an die international üblichen Bedingungen knüpft: Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Freiheit. Offene Märkte, freies Unternehmertum und eine stimmige Fiskal- und Geldpolitik nennt die US-Regierung unter anderem als Bedingungen, die auch der Irak erfüllen müsste, wollte er von der Hilfe aus Washington profitieren. Derartige Ordnungsvorstellungen hatten auch die Väter des Marshall-Planes formuliert. Doch so harmlos ist diese Politik nicht: Ein Entwicklungsprogramm, unterstützt durch eine militärische Besatzung, wird zum Hebel bei der Durchsetzung einer am US-System orientierten Wirtschaftsordnung.

Der neue Plan soll durch die *Millennium Challenge Corporation* geführt werden, eine Regierungsbehörde, die sich in den Empfängerländern staatliche Institutionen, nicht-staatliche und private Verbände, vor allem aber die Wirtschaft als Partner suchen. Ist die viel gescholtene amerikanische Irak- und Nahost-Politik also doch nicht so verkehrt? Ziel und Instrumente der US-Politik sind tatsächlich erneut gleich. Das Ergebnis wird jedoch ein völlig anderes sein. Denn Washington wird in Bagdad scheitern.

Die US-Regierung unterliegt gleich mehreren Fehleinschätzungen. Vor gut 50 Jahren formte sich eine bipolare Welt. Die USA hatten in der Sowjetunion einen mächtigen Gegner. Mittlerweile sind

die USA die einzig verbliebene Weltmacht. Es gibt keinen Furcht einflößenden gemeinsamen Gegner des Westens mehr. Der Wunsch, sich vor den Vereinigten Staaten schützen zu lassen, ist vielerorts größer als der, sich durch sie schützen zu lassen. Die „Schurkenstaaten“, die auf Bushs Liste stehen, ersetzen die disziplinierende Systemkonkurrenz des Kalten Krieges nicht.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Rolle der internationalen Gemeinschaft in der Konzeption Washingtons. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzten die USA auf einen multilateralen Politikansatz. Sie versuchten die Weltgemeinschaft einzubinden, schufen die Vereinten Nationen, den Währungsfonds, die Weltbank und leiteten den GATT-Prozess ein. Der Marshall-Plan selbst war ein multilaterales Konstrukt, wenngleich mit deutlichem Führungsanspruch der Amerikaner.

Heute setzt George Bush dagegen auf Unilateralismus. Der Versuch, amerikanische Interessen mit denen anderer Staaten in Einklang zu bringen, wird gar nicht erst unternommen. Die Interessen der Welt werden schlicht mit denen der USA gleich gesetzt. Internationale Organisationen degradiert Washington zu Statisten.

Dazu kommt ein großes Glaubwürdigkeitsproblem der USA im Nahen Osten.

Während die Deutschen 1948 mit Amerika, bei aller kritischen Distanz, auch Hoffnungen verbanden, hat Washington im arabischen Teil des Nahen Ostens jeden Kredit verspielt. Die Schüler glauben nicht an ihren Lehrer und an das, was er ihnen beibringen will. Amerika hat sich in den Augen der Araber durch die Israel- und Palästina-Politik vollständig desavouiert. Außerdem sehen viele Menschen islamischen Glaubens die USA auf einem neuen Kreuzzug. Hat nicht Bush selbst davon gesprochen? Hat nicht Bush den islamischen Iran, und das islamische Syrien schon mal auf Vorrat zu potentiellen Gegnern erklärt? Kreuzritter bringen keine Demokratie.

Und mehr noch: Die offizielle Begründung für den Krieg hat sich als vorgeschoben herausgestellt. Massenvernichtungswaffen sind bis heute im Irak nicht aufgetaucht. Selbst wenn die US-Militärs noch ABC-Waffen finden sollten – ein



Axel Lehmann, Historiker, lebt als freier Journalist in Detmold. Seine Dissertation über den Marshall-Plan ist auch als Buch erschienen.

Foto: privat

echtes Bedrohungsszenario für die Welt lässt sich daraus wohl kaum noch entwickeln. Kampf gegen den Terrorismus? Auch das überzeugt in Nahost und anderswo kaum noch jemanden: Verbindungen des Diktators Hussein zu al Qaida und Osama bin Laden lassen sich nicht nachweisen.

Schließlich: Der wirtschaftliche Aufschwung, den die USA versprechen, wenn denn nur privates Unternehmertum und echte Marktwirtschaft im Zweistromland Einzug hielten, trifft auch kaum auf Vertrauen. Das um so mehr, als die Amerikaner wenig tun, um ein solches Vertrauen aufzubauen. Allen öffentlichen Äußerungen zum Trotz, stehen amerikanische Konzerne bereit, sich das größte Stück vom irakischen Kuchen zu sichern. Die Verwaltung des Hafens Umm Kasr ist bereits für 4,8 Millionen Dollar an eine amerikanische Gesellschaft gegangen. Nur ein Beispiel für die Befürchtung, der Ex-Ölmanager George Bush werde irakisches Eigentum an die amerikanische Wirtschaft verschachern.

George W. Bush und sein Statthalter in Bagdad müssen scheitern – selbst wenn Paul Bremer in Zukunft bedeutende Mittel aus dem *Millennium Challenge Account* zur Verfügung gestellt werden. Dieses Zuckerbrot wird für die meisten Irakis ebenso ungenießbar sein, wie für Syrer, Jordanier oder andere. Geschichte wiederholt sich eben doch nicht!